

<b>Zeitschrift:</b>	Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerische Gesellschaft für Geschichte
<b>Band:</b>	54 (2004)
<b>Heft:</b>	3
<b>Artikel:</b>	Das verpasste Rendez-vous mit der Weltgeschichte : zurück in den Zweiten Weltkrieg (Teil III)
<b>Autor:</b>	Kreis, Georg
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-81375">https://doi.org/10.5169/seals-81375</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Das verpasste Rendez-vous mit der Weltgeschichte

*Zurück in den Zweiten Weltkrieg (Teil III)<sup>1</sup>*

Georg Kreis

*Die Geschichtsschreibung setzt bekanntlich gleichzeitig mit den Vorgängen ein, denen später vielleicht auch noch aus grösserer Distanz verfasste Rückblicke folgen werden, und sie wird zu einem wichtigen Teil von am Prozess beteiligten Personen produziert. Mag sein, dass man durch die schnelle Deutung die weiteren Betrachtungen lenken will. Das Hauptmotiv, das zu solchen Darstellungen führt, dürfte darin liegen, dass einem die Vorgänge wichtig waren und man allein schon deswegen sein (parteiliches) Zeugnis abgeben will. Sind die Akteure Historiker, ist es umso weniger erstaunlich, dass sie sich auch der Geschichte ihrer Geschichte annehmen. Es kann also nicht verwundern, dass bereits erste historische Darstellungen zur Tätigkeit der schweizerischen Historikerkommission zur Verfügung stehen, die von Mitgliedern dieser Kommission verfasst worden sind. So gibt es solche Rückblicke von Jean-François Bergier, Jakob Tanner und Jacques Picard<sup>2</sup>. Der nachfolgende Beitrag will indessen nur sehr bedingt ein Beitrag zur «Geschichte der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz–Zweiter Weltkrieg» (UEK) sein; nur insofern, als er deren Kontext skizziert und eine vorläufige Bilanz wagt.*

Die Geschichte der Schweiz im Allgemeinen und die Geschichte der Schweiz in den Jahren 1939–1945 wurden schon immer als ein von der Weltgeschichte separater Vorgang verstanden. In den Kriegsjahren fühlte man sich, wie ein Buchtitel

1 Vgl. SZG Vol. 52, 2002, S. 60–68 und 494–517; nochmals publiziert in: *Vorgeschichten zur Gegenwart. Ausgewählte Aufsätze*, Bd. 1. Basel 2003.

2 Jean-François Bergier, «Ergebnisse und Erlebnisse: Der Schlussbericht Schweiz–Zweiter Weltkrieg». In: *NZZ* vom 1. Juni 2002 (S. 85/86). – Jakob Tanner, «Geschichtswissenschaft und moralische Ökonomie der Restitution: Die Schweiz im internationalen Kontext». In: *Zeitgeschichte* 30. Jg. Sept./Okt. 2003 H 5. S. 268–280. – Jacques Picard, «Über den Gebrauch der Geschichte. Die UEK im Kontext schweizerischer Vergangenheitspolitik». In: *Jüdische Lebenswelt Schweiz. 100 Jahre Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG)*, Zürich 2004. S. 391–406. Der Text von Kommissionsmitglied Harold James (vgl. Anm. 8) ist noch während der Tätigkeit der Kommission verfasst (vor dem Jahr 2000), hat also nicht retrospektiven Charakter. Mario König, Vf. einer UEK-Monografie zum Interhandel und einer der wichtigsten redaktionellen Mitarbeiter der UEK, hat sich ebenfalls an dieser unmittelbaren Geschichtsschreibung beteiligt: «Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. Die Arbeit der ‘Bergier-Kommission’ und die weitere Forschung». In: *Widerspruch* 43 2002. S. 171–178.

treffend sagte, «sur le balcon d'Europe»<sup>3</sup>. In Anwendung der Hilbergschen Trias<sup>4</sup> war man «Zuschauer», und wenn nicht dies, dann allenfalls «Opfer», aber sicher nie «Täter», obwohl es manche Formen der Verstrickung gab; Verstrickungen durch die Käufe von NS-Gold der Schweizerische Nationalbank, durch die Auslieferung von Versicherungspolicen an die NS-Schergen, den Handel mit Raubkunst, die Beteiligung an Arisierungen, die Exporte aller Art (auch von Elektrizität) und insbesondere die Waffenlieferungen, die Transporte auf dem Achsentransit, die Rückweisung oder gar Auslieferung von Flüchtlingen. Die wirtschaftlichen Kontakte hat man sich nicht als speziell gesucht oder gar aus Sympathie mit dem Dritten Reich betrieben vorzustellen, sondern als schlicht durch die Nachbarschaft gegeben und – wie heute in weiter gestiegenem Mass – durch die Verflechtung moderner Wirtschaftsverhältnisse kaum vermeidlich. Die Kooperations-Dimension wurde nach 1945 grösstenteils ausgeblendet, die Reduit-Dimension dagegen blieb und prägte die kollektiven Vorstellungen. Mit 1996/97 erhielt die Schweiz jedoch die Chance, am exemplarischen Abklärungsgegenstand der Kriegsjahre auch in generellerer Weise die Aussenwirkungen des eigenen Tuns und die Rückwirkungen von Privatgeschäften auf die gesamte Gesellschaft wahrzunehmen und das Land als einen Teil, das heisst als normalen und verantwortlichen Teil der Welt zu begreifen.

Die Schweiz – oder besser: die schweizerische Gesellschaft – hat allerdings diese Chance nicht gesucht; es war zu erwarten, dass dies, wie man so sagt, eine «schmerzhafte» Auseinandersetzung mit kritischen Fragen und mit belastenden Vorkommnissen bedeuten würde. Wer tut so was schon freiwillig! Die Schweiz tat es auch nur darum, weil sie einem erheblichen äusseren Druck ausgesetzt war. Aber sie tat es – zunächst wenigstens – in der ernsthaften Absicht, die Sache gut zu machen. Kaspar Villiger bemerkte als oberster Kassenwart der Eidgenossenschaft, man wolle den Tatbeweis erbringen, «dass wir uns ehrlich und offen mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen wollen». Der Magistrat war überzeugt, dass sich Wahrheit und Recht langsam «durchfressen» werden<sup>5</sup>. Die Schweiz schuf wie kein anderes Land ideale Arbeitsbedingungen: mit der Einführung einer umfassenden, auch für den Privatbereich geltenden Offenlegungspflicht (mit temporärer Aufhebung des Bank- und Berufsgeheimnisses) und mit der Bereitstellung eines 22-Mio.-Franken-Kredits. So wurde die Schweiz beinahe über Nacht, nachdem man sie im medialen *bashing* zum «Prügelknaben» der Staatengemeinschaft gemacht hatte, schnell (wieder) zum «Musterknaben»<sup>6</sup>. Das sollte auch in den folgenden Jahren so bleiben: Wohin man als Schweizer Historiker kam, man wurde von den Kollegen des Auslands um die vorbildlichen Arbeitsbedingungen benieden. Es ist aber ein Mythos, dass nach dem Modell der Schweiz zahlreiche andere Historikerkommissionen gebildet worden seien<sup>7</sup>.

3 Pierre Béguin, *Le balcon sur l'Europe. Petite Histoire de la Suisse pendant la guerre 1939–1945*. Neuenburg 1951.

4 Raul Hilberg, *Täter, Opfer, Zuschauer: Die Vernichtung der Juden 1933–1945*. Frankfurt a.M. 1992.

5 Nationalrätliche Budgetdebatte vom 11. Dezember 1997.

6 So gratulierte US-Staatssekretärin Madeleine Albright der Schweiz anlässlich ihres Besuchs vom 15. November 1997 in Bern und anerkannte, dass sie «durch die umfassenden Massnahmen Schrittmacherfunktion übernommen» habe. Und an der Londoner Goldkonferenz vom 2. Dezember 1997 erschien die Schweiz als Vorbild für andere Staaten.

7 Clemens Jabloner, der Präsident der österreichischen Kommission, informierte sich zwar

Es wäre allerdings unrealistisch gewesen zu erwarten, dass sich alle uneingeschränkt und mit fliegenden Fahnen der auferlegten Lektion aussetzen würden. Das von Bundespräsident Kaspar Villiger im Mai 1995 im Namen des Landes frei-mütig ausgesprochene Schuldbekenntnis wurde zwar mit viel Zustimmung aufgenommen, von vielen aber auch als Schlussstrich unter unerfreuliche Geschichten und nicht als Auftakt für weitgergehende und in noch dunklere Sphären führende Abklärungen verstanden. Damals wie heute gab und gibt es sehr unterschiedliche Haltungen. *Die Schweiz «n'existe pas»* – rief uns der schweizerische Sevilla-Pavillon schon 1992 in Erinnerung. Die Schweiz gibt es nur in ihren verschiedenen Institutionen bis zur Vielzahl der Gemeinden, Verbände und Parteien, gegliedert in Generationen und andere soziale Segmente.

Doch im Dezember 1996 bestand vorübergehend ein ungewöhnlicher Konsens: In den Eidg. Räten wurde damals, was nicht einmal bei Generalswahlen im Moment erhöhter Gefahr zu geschehen pflegt, mit allen zu null Stimmen die Unabhängige Expertenkommission (UEK) «Schweiz-Zweiter Weltkrieg» geschaffen, das erwähnte Archivprivileg eingeführt und ein erster Kredit bewilligt<sup>8</sup>. Die Einstimmigkeit vom 13. Dezember 1996 täuschte. Die UEK war noch nicht zu ihrer ersten Sitzung zusammengekommen, da gab Nationalrat Christoph Blocher, der inzwischen für seine Politik der niederen Polemik von den Bürgerlichen mit der Wahl in den Bundesrat belohnt wurde, als Sprachrohr der rechtsnationalen Kräfte am 1. März 1997 bekannt, dass von der «sogenannten 'Aufarbeitung'» zumal wegen der jüdischen und linken Kommissionsmitglieder nichts Gutes zu erwarten sei und die eingeleiteten Abklärungen «an der Gesamtheit» des Geschichtsbildes wohl nichts ändern werden<sup>9</sup>.

vor der Konstituierung seiner Gruppe über die schweizerischen Organisationsformen, ging dann aber einen eigenen Weg. Vgl. Clemens Jabloner, «Die österreichische Historikerkommission». In: *Der Rechtsstaat vor neuen Herausforderungen. Festschrift für Ludwig Adamovich*. Wien 2002. S. 227–240. – Ders., *The Austrian Historical Commission: Motives, Results and Impact. Revisiting the National Socialist Legacy*. Hrsg. von Oliver Rathkolb. Innsbruck 2002. S. 51–56. – Einen gewissen indirekten Einfluss hatte das schweizerische Unternehmen auf die anschliessend durchgeführten liechtensteinischen Abklärungen, zumal einige Mitarbeiter/innen der UEK daran beteiligt waren.

8 Bundesbeschluss vom 13. Dezember, ergänzt durch den Bundesratsbeschluss vom 19. Dezember 1996. Ständerat 41:0 und Nationalrat 187:0 Stimmen mit Namensaufruf (Amtl. Bull. S. 2486). Im Nationalrat wurde der Bundesbeschluss bereits am 1. Oktober 1996 gutgeheissen (vgl. Text in der *NZZ* vom 11. Oktober 1996). Nach der Bewilligung von 5 Mio. Franken wurden am 11. Dezember 1997 noch 17 Mio. Franken mit 112:37 Stimmen genehmigt. In dieser Beratung wurde der Bundesrat zum Teil heftig kritisiert, weil er mit seinem Beschluss vom 19. Dezember 1996 das Untersuchungsfeld erweitert hatte. Zur gleichzeitigen Ernennung der 9 Mitglieder der UEK vgl. *NZZ* vom 20. Dezember 1996. Allgemeine Darstellung durch ein UEK-Mitglied; Harold James, *Die Bergier-Kommission als Wahrheits-Kommission. Geschichte vor Gericht. Historiker, Richter und die Suche nach Gerechtigkeit*. Hrsg. von Norbert Frei u.a. München 2000. S. 130–140.

9 Christoph Blocher, *Die Schweiz und der Zweite Weltkrieg. Eine Klarstellung*. Referat anlässlich der Veranstaltung der SVP des Kantons Zürich vom 1. März 1997. – Über Inserat mit Hinweis auf [www.blocher.ch](http://www.blocher.ch) am 5. März 1997 in der *NZZ* (S. 57) bekannt gemacht und in der *NZZ* vom 3. März 1997 (S. 19) integral abgedruckt. Inserat in der *NZZ* vom 30. April 1997 (S. 57) mit der Schlagzeile, dass man nie ein «Schulderpressen» akzeptieren werde. Weiteres Referat vom 21. Juni 1997 vor der Jungen SVP Schweiz in Bern: *Die Schweiz und der Eizenstat-Bericht*. Bei der Veröffentlichung des Flüchtlingsberichts qualifizierte Blo-

Dem stand das «Manifest vom 21. Januar 1997» gegenüber, das in der gegenwärtigen Krise eine Chance für mehr Demokratie, Gerechtigkeit, Achtung vor dem Anderen und für ein freundliches Zusammenleben sah. Der von Kulturschaffenden, Ärzten, Universitätsleuten, aber auch linken Politikern (u.a. der nachmaligen Bundesrätin Micheline Calmy-Rey) unterzeichnete Aufruf sprach in zugriffiger Weise die Erwartung aus, «dass die jüngere Schweizer Geschichte weiter von Entstellungen und Beschönigungen befreit und mit mehr Wahrhaftigkeit neu geschrieben wird»<sup>10</sup>. Gewiss ging es hier nicht nur um ein spontanes Reagieren auf die gerade eingetretene Situation – man witterte eine günstige Gelegenheit für eine längst als fällig erachtete Korrektur.

Zwei Welten, ein Land: auf der einen Seite der Anführer und Eintreiber Blocher, auf der anderen ohne Führungsrolle, nur als ein solidarisches Mitglied von vielen Calmy-Rey, beide entgegengesetzte Grundüberzeugungen verkörpernd, mit Verschiedenheiten, wie wenn sie auf verschiedenen Planeten zu Hause wären, obwohl sie im gleichen kleinen Land lebten und meinten, mit ihren je eigenen Engagements diesem Land Gutes zu tun. In dieser Sache wie in anderen Dingen war (und ist) die Schweiz durch gleichlaufende, sich wechselseitig verstärkenden Konfliktlinien tief gespalten: hier die reaktionären Traditionalisten, egozentrischen Nationalisten, EU-Gegner und Staatsabbauer; dort die prospektiven Reformer, patriotischen Weltbürger, EU-Befürworter und Verteidiger der sozialen Staatsfunktionen. Und welche Bedeutung hat die Geschichte da drin? Das Bild, das man von der Geschichte seines Landes hat, ist keine separate Grösse, es steht bekanntlich in engem Wechselverhältnis zu den anderen Grundhaltungen und wird, was nicht sogleich eine unstatthafte Instrumentalisierung bedeuten muss, zur Durchsetzung von Gegenwartsanliegen und zur Fundierung von Zukunftsszenarien eingesetzt<sup>11</sup>.

Einer der lagerbildenden Unterschiede betraf und betrifft übrigens auch die Vorstellung von Einheit und Diversität: Die eine Seite geht von einer grundsätzlich konfliktuellen Gesellschaftsrealität aus, die andere Seite hängt einem Gemeinschaftsideal an, das Minderheiten leicht und schnell ausgrenzt und mit grösster Selbstverständlichkeit den Gegenspieler und nie sich selber für «Spaltung» und den Verlust der nationalen Einheit verantwortlich macht. Mentalität und Alterslage können da in die gleiche Richtung tendieren wie beim Leserbriefschreiber E. F., der dem Editorialisten des «Brückenbauer»-Konsumentenblatts im Sommer 1997 vorwarf: «Tatsache ist, dass Sie und Ihresgleichen unsere Gesellschaft und unser Land auseinanderreissen wollen, während die Aktivdienstgeneration zusammenstand etc.»<sup>12</sup>

Als Jean-Pascal Delamuraz am 30. Dezember 1996 in den letzten Stunden, ja letzten Minuten seines bundespräsidialen Jahres in einem Presse-Interview mit

cher die Arbeit als «unsauber» und stellte in Aussicht, wenn kein Gegensteuer gegeben würde, «werde ich ganz bestimmt wieder antreten und eine Klarstellung verfassen» (*SonntagsZeitung* vom 12. Dezember 1999).

10 *Manifest vom 21. Januar 1997. Geschichtsbilder und Antisemitismus in der Schweiz*. Hrsg. von Madeleine Dreyfus und Jürg Fischer. Zürich (WoZ) 1997. Den «Kick» für die Aktion erhielt man durch Delamuraz' Sylvesterplauderei (vgl. Anm. 13).

11 Vgl. Einleitung des Historikers und UEK-Kollegen Jakob Tanner und der Germanistin Sigrid Weigel in: *Gedächtnis, Geld und Gesetz. Vom Umgang mit der Vergangenheit des Zweiten Weltkrieges*. Zürich 2002. S. 15.

12 *Brückenbauer* vom 13. August 1997.

seiner rhetorischen Frage, ob Auschwitz denn in der Schweiz liege, derjenigen Seite eine autoritative Stimme verlieh, welche bestehende Zusammenhänge zwischen der bösen weiten Welt und dem helvetischen Garten stets ausblendet und bestreitet, da war die Schweiz ebenfalls geteilt – in eine grössere Hälfte, die mit Genugtuung bemerkte, dass endlich jemand zu sagen wage, was alle denken; und in einen kleineren Haufen von empörten Bürgern und Bürgerinnen, welche im Diktum einen weiteren Beleg für die nationale «Denkschablone» sahen, die den neutralen Kleinstaat für genuin schuldunfähig halte<sup>13</sup>.

Zunächst schien aber die reformerische, für Abkehr vom engstirnigen Nationaldenken und für mehr internationale Solidarität eintretende Seite an Boden zu gewinnen. Schon im Vorjahr – 1996 – war die Basis für eine aufwendige Suche nach «nachrichtenlosen Vermögen» gelegt worden: am 2. Mai 1996 mit dem *Memorandum of Understanding* zwischen der Schweizerischen Bankiervereinigung und der World Jewish Restitution Organization und im August 1996 mit der Schaffung der Volcker-Kommission (Independent Committee of Eminent Persons, ICEP). Im Februar 1997 legten sodann die drei Grossbanken mit 100 Mio. Franken den Grundstein zu einem humanitären *Spezialfonds für Holocaust-Opfer*, der schliesslich mit einer Einlage weiterer 100 Mio. der Schweizerischen Nationalbank und weiteren Beteiligungen insgesamt 300 Mio. Franken umfasste und Hilfeleistungen für rund 300 000 Personen in über 60 Ländern ermöglichte und auf Ende 2002 dann wieder aufgelöst wurde<sup>14</sup>.

Am 5. März 1997 präsentierte der Bundesrat schliesslich das Projekt einer *Solidaritäts-Stiftung* und wollte dafür ein Kapital von 7 Mia. Franken aus der SNB-Gold-Reserve mit einer jährlichen Ausschüttung von 350 Mio. Franken zur Linderung schwerer menschlicher Not je zur Hälfte in der Schweiz und im Ausland zur Verfügung stellen. «Zu denken ist an Opfer von Armut und Katastrophen, von Genoziden und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen, selbstredend auch an jene von Holocaust und Shoah.» Letztere Bemerkung schuf Verwirrung, weil man davon ausgehen konnte, dass der kurz zuvor geschaffene Holocaust-Fonds diese Art von Hilfe leisten werde<sup>15</sup>. Gemäss der abschliessenden Bemer-

13 Interview vom 31. Dezember 1996 in *24 heures* und *Tribune de Genève*. Noch mehr als die Bemerkung über Auschwitz empörte das Wort von der «Lösegeld-Erpressung». Gemäss Informationschef Yves Seydoux waren von 150 Zuschriften 145 zustimmender Art (*Tages-Anzeiger* vom 9. Januar 1997). Der Vorstand der SPS forderte den Rücktritt des Bundesrats. Delamuraz äusserte wenig später in einem Brief an den WJC sein Bedauern über die gewählten Formulierungen. Zur «Schuldunfähigkeit» vgl. Thomas Maissen, «Weltkrieg und nationales Gedächtnis». In: *ZeitSchrift für Kultur, Politik, Kirche, Reformatio* 47. Jg. H. 5 Okt. 1998. S. 261–267.

14 Die Sekretariatsspesen des Fonds von über 1 Mio. Franken wurden vom Bund übernommen. Präsident war der SIG-Präsident Rolf Bloch. Zu dessen Einschätzung: Rolf Bloch, «Anerkennung für erlittenes Schicksal. Entstehung, Arbeitsweise und Rolle des Schweizer Fonds für bedürftige Opfer von Holocaust/Shoah vor dem Hintergrund der Kontroverse in den 1990er Jahren». In: *Jüdische Lebenswelt Schweiz. 100 Jahre Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG)*, Zürich 2004. S. 414–422. Klaus Urner, Leiter des Archivs für Zeitgeschichte, hatte bereits am 30. Oktober 1996 in einem Fernsehinterview die Idee eines Fonds lanciert und später als Schweizerische Holocaust-Gedenkstiftung konkretisiert (vgl. auch *Tages-Anzeiger* vom 20. November 1996 und *Basler Zeitung* vom 16. Januar 1997).

15 Wenige Tage nach der Veröffentlichung des UEK-Berichts erklärte der ehem. Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat, dass Leistungen für Holocaust-Überlebende angebracht

kung der Projektpräsentation bestand die Absicht, es nicht mit Rückblicken bewenden zu lassen, sondern nach vorne zu blicken. «Es wäre», so lautete des Bundespräsidenten letzter Satz, «ein zukunftsweisender Beitrag für eine solidarische Schweiz». Zuvor hatte sich Koller aber nochmals für eine wahrhaftige Aufarbeitung der Geschichte der Schweiz vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesprochen.

Das war nicht alles: Da gab es den vom Basler SP-Ständerat Gian-Reto Plattner initiierten privaten *Fonds für Menschlichkeit und Gerechtigkeit*, der das Helfen nicht nur als Banken-Angelegenheit verstanden wissen wollte und über eine Bürger/innen-Sammlung über 3 Mio. Franken zusammenbrachte und bis Ende 1999 an 41 Projekte und 69 Einzelpersonen in Mittel- und Osteuropa weitergab<sup>16</sup>. Es gab weitere Basisaktionen: Eine freikirchliche Spendenaktion brachte innert kürzester Zeit über 100 000 Franken zusammen. Schülerinnen und Schüler eines Berner Gymnasiums wollten nicht warten, bis die offizielle Hilfe angelaufen sei, und sammelten innert zweier Monate 50 000 Franken<sup>17</sup>. Und da gab es zahlreiche nicht-pekuniäre Aktionen, von denen hier stellvertretend nur die im Oktober 1997 in der Landesbibliothek durchgeführte kritische Schulbuchausstellung genannt sei<sup>18</sup>.

Man konnte annehmen, dass eine in solchen Engagements sich manifestierende Bewegung von einer gewissen Dauer wäre, zumal man sich, was im vergangenheitsorientierten Land wie der Schweiz ein gewichtiges Argument war, sagen konnte, schon einmal, 1944–1948, mit einer «Schweizer Spende» Grosszügigkeit demonstriert zu haben. Die Absicht, nach der Verkündung der Solidaritäts-Stiftung vom März 1997 bereits im schweizerischen Jubiläumsjahr 1998 über ein operatives Instrument zu verfügen, war naiv wie auch das Projekt insgesamt leider wenig realitätstauglich war. Im Mai 1998 entstand sogar eine mit 200 000 Franken ausgestattete und von 300 Personen mitgetragene *Gemeinschaft zur Unterstützung der Stiftung solidarische Schweiz*. Bei der Präsentation hiess es, dass es um nichts weniger als um die «Rotkreuzidee des dritten Jahrtausends» gehe und man den Mitgliederbestand bis zum Jahresende von 300 auf 10 000 zu erhöhen gedenke. Man nahm sogar das kühne Wort «Volksbewegung» in den Mund<sup>19</sup>. Was aber stattfand, war alles in allem ein mit grösserem Aufwand inszeniertes fünfjähriges Trauerspiel, in dessen Schlussrunde selbst ein drastisch reduzierter Vorschlag mit nur noch einem Drittel für die ursprüngliche Zweckbestimmung (und je einem Drittel für die Kantone und die AHV) vor dem Souverän keine Gnade fand und am 22. September 2002 gegen die Auffassung des Bundesrates und der Mehrheit der Eidg. Räte mit 52% Stimmen abgelehnt wurde<sup>20</sup>.

wären. *Cash* vom 28. März 2002 titelte: «Munition für Stiftungsgegner». Wie missverständlich die Verhältnisse waren, zeigen die Ausführungen des amerikanischen Historikers Elazar Barkan, in denen es heisst, die konservative Schweiz sei gezwungen gewesen, eine beträchtliche Menge ihres Goldes zu verkaufen, «um einen humanitären Hilfsfonds» einzurichten (*Völker klagen an. Eine neue internationale Moral*. Düsseldorf 2002. S. 11, später, S. 157, genauer).

16 Schlussbericht vom November 1999.

17 *Tages-Anzeiger* vom 10. Februar und vom 2. April 1997.

18 *Tages-Anzeiger* vom 7. Oktober 1997.

19 *NZZ* vom 13. Mai 1998 (S. 13).

20 Diese Lösung war ein Gegenprojekt zur Gold-Initiative der SVP, die alles der AHV zu kommen lassen wollte und ebenfalls mit 52% abgelehnt wurde.

Zurück zur UEK: Sie hatte fünf Jahre Zeit für die Erfüllung ihres Auftrags und hätte erst im Dezember 2001 mit ihren Resultaten an die Öffentlichkeit treten müssen. Auf Wunsch des Bundesrates publizierte sie aber vorweg zwei provisorische Teilberichte: einen im Mai 1998 zu den Goldtransaktionen der Schweizerischen Nationalbank und einen im Dezember 1999 zur Flüchtlingspolitik. Kommissionsintern wurde das zwischen Bundesrat Flavio Cotti und UEK-Präsident Jean-François Bergier vereinbarte Vorwegpublizieren kontrovers beurteilt<sup>21</sup>. Weshalb wurden diese Vorberichte plötzlich zu einem Desiderat? Im Februar 1997 hatte noch die Meinung bestanden, dass die Nationalbank-Beteiligung am Holocaust-Fonds durch ein Referendum gefährdet sei<sup>22</sup>. Auch die «Volksbewegung» für die Solidaritäts-Stiftung wollte nicht so recht in Fahrt kommen. So erhofften sich einige Politstrategen, mit den eindrücklichen Ergebnissen des Goldberichts dem Holocaust-Fonds und mit den nicht minder eindrücklichen Ergebnissen des Flüchtlingsberichts der Solidaritäts-Stiftung zum nötigen Auftrieb zu verhelfen<sup>23</sup>.

Im August 1998 war der Vergleich zwischen den Sammelklägern und den schweizerischen Grossbanken abgeschlossen: Mit der Einlage von 1,8 Mia. Franken in einen Settlement-Fund wurden sämtliche Ansprüche abgegolten<sup>24</sup>. Spätestens von da an erschien die Affäre als politisch und historisch erledigt – die Luft war, wie man so sagt, «draussen». Bedauerlicherweise gab es da aber noch immer diese Kommission, auf deren ausstehenden Befunde man sich zuvor – bequemerweise – berufen konnte und die jetzt – unbequemerweise – noch für drei Jahre bis Ende 2001 historischen Eifer an den Tag legte<sup>25</sup>. Die allgemeine Haltung gegen-

21 Zu J. F. Bergiers Aufgabenverständnis: «Une Commission Indépendante d’Experts: pour quoi faire?» In: *Die Schweiz im Zweiten Weltkrieg. Forschungsstand, Kontroversen, offene Fragen*. Informationsveranstaltung an der ETH-ZH vom 27. Mai 1997. S. 41–46 (Kleine Schriften Nr. 32). – «Sur le rôle de la ‘Commission indépendante d’experts Suisse–Seconde Guerre Mondiale’». In: SZG Vol. 47 4/1997. S. 800–808. – «Ergebnisse und Erlebnisse: Der Schlussbericht Schweiz–Zweiter Weltkrieg». In: NZZ vom 1. Juni 2002 (S. 85/86). «Commissioned History in Switzerland». In: *Revisiting the National Socialist Legacy*. Hrsg. von Oliver Rathkolb. Innsbruck 2002. S. 43–50 (mit Berichten auch aus der österreichischen, litauischen und spanischen Kommission).

22 NZZ vom 15./16. Februar 1997 (S. 16); erst im Sommer 1997 entschied eine Nationalratskommission, dass dafür keine Abstimmung nötig sei, vgl. NZZ vom 27. August 1997 (S. 12). Gemäss einer Umfrage von *Le Matin* befürwortete eine Mehrheit die Schaffung eines Fonds durch Banken und Wirtschaft, aber ohne Beteiligung des Bundes (*Tages-Anzeiger* vom 24. Februar 1997).

23 Vielleicht muss gesagt werden, dass diese Erwartung den Inhalt der Berichte in keiner Weise bestimmt hat.

24 Am Vergleich beteiligten sich auch ABB, Ascom, Nestlé, Novartis und Roche. Die Versicherungen schlossen ein separates Abkommen ab.

25 Nationalrat Ulrich Schlüer (SVP/ZH) forderte mit seiner Interpellation vom 29. September 1998 eine möglichst baldige Fertigstellung des Berichts: «Mit der Globallösung ist die historische Wahrheitsfindung vom Geld klar und abschliessend getrennt worden. Damit bleibt allein die Aufgabe übrig, den Bericht gemäss Auftrag und Budget abzuschliessen und die Quellen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.» Der Interpellant meinte, die Aufgabe der UEK könne sich im Bereitstellen der Quellen erschöpfen, damit sich jeder selber mit den Materialien auseinandersetzen könne. Der Bundesrat erklärte in seiner Antwort vom 25. November 1998, dass alle Interessierten schon heute im Rahmen der üblichen Bestimmungen das Bundesarchiv konsultieren könnten und die «Auftragstreue» der UEK erst beurteilt werden könne, wenn der Schlussbericht vorliege; die Kommission habe dafür bis Ende 2001 Zeit. Der Interpellant erklärte sich für nicht befriedigt.

über der UEK hatte aber bereits im Herbst 1997 vom «enthousiasme» in «agacement» umgeschlagen<sup>26</sup>. Die an sich nie grosse Begeisterung über die Abklärungen sank bei wichtigen Unternehmen auf den Nullpunkt. Plötzlich gab es sonderbare Diskussionen, ob denn Einsichtsrecht auch Kopierrecht bedeutete und ob die Unternehmen zur Erschliessung ihrer eigenen Bestände selber Hand anlegen müssten<sup>27</sup>. Das Interesse der Öffentlichkeit an den Kommissionsarbeiten blieb zwar erhalten, es verschob sich aber mehr und mehr von den Inhalten auf personelle Fragen: etwa auf das Verhältnis zwischen Generalsekretär und Team und Kommissionspräsident oder auf die finanziellen Entschädigungen der Leistungen einzelner Kommissionsmitglieder. Das substantiellste Interesse dieser Art galt der Frage, wie «schwach» der Präsident war und welches die «starken» Mitglieder der UEK waren. Zudem wurden der Kommission in wachsendem Masse die durch sie verursachten Kosten vorgeworfen, während man in der Öffentlichkeit für die horrenden Kosten der Audit-Firmen, welche im Namen des Volcker-Komitees die Banken durchforsteten (etwa 600 Mio. Franken) kein Wimpernzucken übrig hatte. Ein rechnerisch begabter Inlandredaktor der NZZ stellte fest, dass der Staat mit den von den Audit-Firmen für ihn anfallenden Steuerneinnahmen die UEK-Kosten spielend begleichen konnte.

Nachdem die UEK gegen alle Unkenrufe auf den Tag genau ohne Zeit- und Kostenüberschreitung ihre Arbeit abgeschlossen hatte, musste man sich mit zusätzlicher Dringlichkeit mit der Frage befassen, was man mit den Resultaten anstellen solle. Der Bundesrat, der während fünf Jahren vielen Fragen mit dem Argument ausgewichen war, man müsse die Resultate abwarten und werde zur gegebenen Zeit schon noch Stellung beziehen, veröffentlichte ein freundliches Commissiqué, doch um die versprochenen Schlussfolgerungen drückte er sich. «Die Schweiz kann», erklärte er am 22. März 2002, «mit Genugtuung auf die Anstrengungen blicken, die für ein besseres Verständnis ihrer Geschichte unternommen worden sind.» Zuvor hatte er der UEK für die Qualität und den Umfang der wissenschaftlichen Arbeit gedankt, «die sie unter manchmal schwierigen Umständen» geleistet habe<sup>28</sup>. Er überliess das Thema einigen Chefbeamten, welche das historische Thema ebenfalls evakuieren und wie rechtsnationale Abrechner und linke Transparenzbefürworter die UEK selber zum zentralen Gegenstand einer Ersatzdiskussion machen wollten.

Wie man im Frühjahr 2002 mit dem Synthesenband an die Öffentlichkeit trat, lag es nahe, sich zu fragen, was das alles nun gebracht habe<sup>29</sup>. «Bergier – was bleibt?», lautete der treffende Titel des NZZ Spezialdossiers. Die unmittelbare

26 Fax von Nationalrätin Lili Nabholz (FDP/ZH) vom 6. Oktober 1997, wonach Parteipräsident Franz Steinegger (FDP/UR) ein Gespräch wünsche. Am gleichen Tag nutzte Nationalrätin Suzette Sandoz die Fragestunde, um sich zu erkundigen, ob der Bundesrat auch darauf achte, dass die UEK im Rahmen ihres ursprünglichen Mandats bleibe.

27 Zur Archivsituation vgl. den Aufsatz des UEK-Mitarbeiters Marc Perrenoud, «Secret des affaires et identité nationale: Les archives sur la Suisse à l'époque du national-socialisme». In: SZG Vol. 43 3/2003. S. 329–337.

28 Zur Pressekonferenz vom 22. März 2002 gibt es noch zwei interessante Reden von Bundespräsident Kaspar Villiger und Bundesrätin Ruth Dreifuss.

29 Teil der Schlussberichterstattung war eine Serie von 25 im Zürcher Chronos-Verlag erschienenen Monographien, mit deren Publikation bereits im Laufe des Jahres 2001 begonnen worden war. Vgl. die Berichterstattung vom August und 30. November 2001 zu den entsprechenden Medienkonferenzen.

Aufmerksamkeit für die Resultate war lebhaft, dann ging es aber wie allem – es wurde von nachfolgenden Neuigkeiten überdeckt. Die wirklichen Effekte wird man erst mit der Zeit, wenn überhaupt, feststellen können, am Geschichtsunterricht an den Schulen und an von Zeit zu Zeit anfallenden Medienprodukten. Die Medien leisteten bereits bei der Veröffentlichung des Schlussberichts hervorragende Arbeit und nahmen sich der Aufgabe an, deren Erfüllung immer wieder von den dafür nicht ausgebildeten Forscherinnen und Forschern erwartet wurde: die Erarbeitung einer stark kondensierten und ebenso stark vereinfachten «Volksausgabe»<sup>30</sup>. Dagegen wurde ein kleines Ausstellungsprojekt von der UEK mitgetragen. Es gelang ihr aber nur mit grösster Mühe, die nicht verwendeten Mittel von ca. 100 000 Franken für die Mitfinanzierung dieses Umsetzungsprojekts von der Bundesbürokratie freizubekommen. Nachfragen aus den Kantonen waren vorhanden, im Bundeshaus aber war die Lust auf eine derartige «Expo» gering. Nach einer Präsentation im Berner Käfigturm und einem Gastspiel im Munizipalstädtchen Liestal wurde die Ausstellung während Monaten in den Magazinen des VBS eingemottet, bis sie von neuem das Licht der Öffentlichkeit erblickte<sup>31</sup>.

«Bergier – was bleibt?» Die schweizerische Zeitgeschichtsschreibung hat unzweifelhaft von den Abklärungsanstrengungen profitiert; sie ist die eigentliche Gewinnerin der ganzen Affäre. Die Wichtigkeit der bisher vernachlässigten Unternehmensgeschichte ist im Prinzip wenigstens sichtbar geworden. Es entwickelten sich wertvolle Kontakte mit Kollegen und mit parallelen Unternehmen im Ausland<sup>32</sup>, die «Schweizergeschichte» erlebte eine zusätzliche Internationalisierung<sup>33</sup>, zudem

30 Vgl. die Medienberichterstattung am 23. März 2002 und den folgenden Tagen. Vom Goldbericht gibt es ein solches Ding, ein in mühsamer Zangengeburt entwickeltes Broschürchen, das man zunächst allen Bürger/innen wie ein Abstimmungsbüchlein zukommen lassen wollte, oder, in einer abgespeckten Variante, auf den Postbüros hätte bezogen werden können und schliesslich nur eine bescheidene Streuung erfuhr.

31 Die Ausstellung ist ein Gemeinschaftswerk des Polit-Forums des Bundes und der UEK. Sie erfreute sich grösserer Nachfrage, musste aber für jeden Auftritt neue Lösungen für das Finanzierungsproblem finden. Unterstützung erhielt sie schliesslich vom Fonds Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte. Der Fonds von 15 Mio. Franken mit einer Laufzeit von fünf Jahren (2001–2005) war im Nachgang des Flüchtlingsberichtes der UEK per Bundesratsbeschluss vom 21. Februar 2001 geschaffen worden. Die Ausstellung konnte, zum Teil von Vorträgen und Diskussionsrunden begleitet, noch gezeigt werden im Forum der Schweizer Geschichte Schwyz, in der Neue Kantonsschule Aarau, im Schweiz. Landesmuseum Zürich, im Museum zu Allerheiligen Schaffhausen. Ab November 2004 wird sie im Landesmuseum Schloss Prangins, vielleicht auch noch in Chur gezeigt. Eine Quelle zu den Reaktionen auf die Ausstellung ist das Gästebuch der Zürcher Präsentation mit zum Teil massiv antisemitischen Bemerkungen und einer Aussage, welche die gesamte Bergier-Kommission als «marxistisch-jüdisches Gremium» verunglimpft (vgl. *Zürichsee-Zeitung* vom 13. Januar 2004).

32 Die UEK lud noch am 28./29. Oktober 1997 eine Reihe von ausländischen Kollegen (aus Argentinien, Belgien, Kanada, Frankreich, den Niederlanden, Portugal, Schweden und den USA) nach Ascona auf den «Monte Verità» ein. Die Absicht, den Ascona-Prozess fortzusetzen, wurde nur auf bilateraler Ebene und in eher privaten Kontakten umgesetzt.

33 Zur allgemeinen Problematik Georg Kreis, «Schweizergeschichte nur als Nationalgeschichte? Wie aus dem Käfig der nationalen Historiographie ausbrechen». In: *Nation und Nationalismus in Europa. Kulturelle Konstruktion von Identitäten. Festschrift für Urs Altermatt 2002*. S. 347–374. Nochmals veröffentlicht in: *Vorgeschichten zur Gegenwart. Ausgewählte Aufsätze*, Bd. 1. Basel 2003. S. 273–392.

entstanden neben den Arbeiten der Bergier-Kommission ausgezeichnete und über den Tag hinaus nützliche Publikationen<sup>34</sup>. Daneben wurde freilich auch – vor allem von nichtschweizerischen Autorschaften und von manchen Schweizern begierig aufgesogen – viel Schrott entweder in harmlosen oder in gefährlichen Varianten publiziert<sup>35</sup>.

Weiter nicht verwunderlich, mobilisierte der Aufbruch von 1996/97 mit wenig Zeitverzug einige Kräfte, welche das traditionelle Geschichtsbild verteidigen wollten. Als Gegengewicht gegen kritische Darstellungen der Schweiz liess die von Faith Whittlesey, einer ehemaligen US-Botschafterin in Bern, präsidierte *American Swiss Foundation* an 1500 Bibliotheken Bücher aus der vor 1996er-Ära gratis verteilen (beispielsweise eine Studie über die deutsche Angriffsplanung von Klaus Urner aus dem Jahr 1989 und das Neutralitätsbuch von Georges-André Chevallaz aus dem Jahr 1995), dies mit dem Effekt, dass an vielen Orten nun wohl diese alten Gegengewichte herumliegen, der in den USA schlecht vertriebene und in der englischen Version nur in 1000 Exemplaren hergestellte Bergier-Bericht dagegen gar nicht vorhanden ist<sup>36</sup>. Zu dieser Gegenaktion, die hinter 1996 zurück wollte, gehörte die Herausgabe im Juni 2001 einer englischen Version des 1997 erschienenen NZZ-Sammelbandes, zum Teil mit Texten aus den Jahren 1985 und 1995, wobei die zuvor stolz einbezogene Rede, mit der Bundespräsident Koller im März 1997 die Solidaritäts-Stiftung angekündigt hatte, unterschlagen wurde<sup>37</sup>.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit verlieh zusammen mit anderen Faktoren der rechtsnationalen Reaktion einigen Auftrieb. Mit viel Empörungsbedarf ausgestattet, stellten selbsternannte Wächter die Befunde der UEK drastischer dar, als sie waren, um zu unbestrittenen Vorgängen mit Gegenbeweisen anzutreten und die Überbringer weniger erfreulicher Befunde zu diskreditieren. Der 1997 entstandene «Arbeitskreis gelebte Geschichte» (AGG) hielt sich vor allem darüber auf, dass die Zeitzeugen der Verantwortungselite der Jahre 1939–1945 nicht konsultiert wurden und somit die Gefahr bestand, dass der UEK-Bericht deren Sichtweise und Geschichtsbild zu wenig berücksichtigte<sup>38</sup>. Mit aufplusternder Agitation

34 Zum Beispiel Hans Ulrich Wipf, *Georg Fischer AG 1930–1945. Ein Schweizer Industrieunternehmen im Spannungsfeld Europas*. Zürich 2001.

35 Hier nur eine Auswahl: Stephen P. Halbrook, *Target Switzerland: Swiss Armed Neutrality in World War II*. New York 1998. – Angelo M. Codevilla, *La Suisse. La guerre, les fonds en déshérence et la politique américaine*. Genf 2001. – Jean-Pierre Richardot, *Une autre Suisse 1940–1944*. Genf 2002. – Als schweizerischer Beitrag Jean-Christian Lambelet, *Le Mobbing d'un petit pays. Onze thèses sur la Suisse pendant la deuxième guerre mondiale*. Lausanne 1999.

36 Stefan von Bergen, «Bücheraktion. Die Wiederbelebung der wehrhaften Schweiz». In: *Espace Mittelland* vom 25. Januar 2003. Und: [www.americanswiss.org](http://www.americanswiss.org). Zur Umsetzungsproblematik vom gleichen Autor im gleichen Blatt der Beitrag vom 1. Dezember 2001. Dass die «aktuelle» Debatte wieder auf den Stand vor der Einsetzung der Kommission zurückgefallen ist, davon zeugt u.a., dass die auch bei Chevallaz im Zentrum stehende Kontroverse um Bundesrat Marcel Pilet-Golaz von Hanspeter Born in der «Weltwoche» wieder aufgewärmt und in mehreren Teilen (Nrn. 31ff./2004) gross aufgemacht wurde. Dies ist um so bedeutsamer, als dieses Blatt von einem in Wirtschafts- und Sozialgeschichte promovierten Historiker geleitet wird.

37 *Der Zweite Weltkrieg und die Schweiz*. Hrsg. von Kenneth Angst. Zürich 1997. Engl. *Retropectives in Switzerland in World War Two*. Ed. by Donald B. Hilty. Picton Presse 2001.

38 Diese Seite vertrat die Meinung, dass sie eigentlich ebenfalls in der Kommission vertreten sein müsste.

machte sich der Seniorenclub zum Sprecher der «Aktivdienstgeneration»<sup>39</sup> – mit Communiqués für die Medien, mit Briefen an den Bundesrat, die US-Botschaft und die Eidg. Räte sowie mit Schriften aller Art zur Bestätigung der alten Gewissheiten<sup>40</sup>. Wie das bei solchen Dingen eben ist: Die wenigsten nehmen etwas aus erster Hand auf, die meisten bilden sich ihre Meinung aus Vermittlungen zweiter und dritter Hand. Die Auflage der vom AGG verbreiteten Protestschrift war höher und die einzelnen Schriften handlicher, schneller zur Kenntnis genommen und wesentlich kostengünstiger als die Publikationen der UEK<sup>41</sup>. Noch heute verbreitet der AGG auf dem Internet die wahrheitswidrige Behauptung, die UEK habe ihren Arbeitsbereich laufend ausgedehnt und Berichte ohne vorherige Genehmigung durch den Bundesrat veröffentlicht. Die gleichen Kreise, die 1997 unter dem Eindruck des erwähnten «Manifests vom 21. Januar 1997» eine breite Thematisierung der Kriegsjahre abgelehnt und eine strikte Beschränkung auf die Vermögensfragen gefordert hatten, kritisierten später diese Beschränkung und wünschten den Einbezug auch von Verteidigungs-, ernährungs- und demokratiepolitischen Themen.

Der Widerstand konnte mit der am 19. Mai 2000 geschaffenen und nach eigenen Aussagen etwa 20 000 Mitglieder abdeckenden und rund 20 Vereinigungen umfassenden Dachorganisation «Interessengemeinschaft Schweiz Zweiter Weltkrieg» (IG) noch ausgebaut werden<sup>42</sup>. Im Herbst 2003 fühlte man sich so stark,

39 Dieser Terminus erlebte mit den «Diamant»-Feiern von 1989 seinen Durchbruch, vorher war bescheidener von «Veteranen des Aktivdienstes» die Rede.

40 Der AGG unterzog im Sept. 1998 den Goldbericht einer kritischen Beurteilung und forderte eine Umbesetzung der UEK insbesondere zu Gunsten von mehr wirtschaftlicher Expertise. Am 31. Januar 2000 kritisierte er in einem Offenen Brief den Flüchtlingsbericht und erneut die Zusammensetzung der Kommission. Er publizierte die z.T. zum Nulltarif breit gestreute Schrift: *Erpresste Schweiz: zur Auseinandersetzung um die Haltung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg und um die Berichte der Bergier-Kommission: Eindrücke und Wertungen von Zeitzeugen*. Eine Gemeinschaftsarbeit des Arbeitskreises Gelebte Geschichte (AGG). Stäfa 2002. Darin wenden sich Zeitzeugen gegen die «Zerrbilder, die dem Ansehen der Schweiz in der neueren Geschichte Schaden zuzufügen drohen» (1. Aufl. 8000, 2. Aufl. 5000 Exemplare).

41 Synthesenbericht Deutsche Ausgabe 1. Auflage 5000 Expl. (sogleich vergriffen, mit einer ärgerlichen Verzögerung nochmals 5000 Expl. nachgedruckt), franz. Ausgabe: 3000, ital. Ausgabe 1500, englische Ausgabe für den ganzen globalen Markt wie gesagt nur 1000 Expl.! Einzig die italienische Ausgabe kam in Kooperation mit einem Verleger aus dem betreffenden Sprachraum heraus (Dadò), nicht aber im französisch- und wichtigen englischsprachigen Raum. Leider wurde der Synthesenbericht nicht, wie die UEK eigentlich wünschte, ebenfalls dem Zürcher Chronos-Verlag anvertraut, der bereits die 25 Monografien übernommen und eingespielte Kooperationen mit Verlagen aus anderen Sprachräumen hatte. Von der Bundesverwaltung wurde ein Verlag bevorzugt, bei dem der Kommissionspräsident bereits ein Buch herausgegeben hatte. Der Pendo-Verlag erwies sich dann, wie befürchtet, der Aufgabe nur in begrenztem Mass gewachsen.

42 SDA-Bericht über eine Pressekonferenz, an der Sigmund Widmer erklärte, die IG sei auf Initiative der AGG gegründet worden, und die Forderung nach einem Gegenbericht zum Bergier-Bericht erhob (NZZ vom 7. Juli 2000). Vereine: von Pro Tell und «Kirche wohin?» über Pro Libertate bis zur Unternehmervereinigung gegen den EWR/EU-Beitritt. Erster Präsident war Sigmund Widmer (2000/2001), sein Nachfolger ist Luzi Stamm. Widmer (Jg. 1919) verfolgte als Zürcher Stadtpräsident und LdU-Mann einen mittleren, gutbürgerlichen Kurs, um 1980 reagierte er auf die AJZ-Bewegung aber mit radikaler Irritation und 1997 warf er sich mit zunehmender Verbitterung (und in enger Kooperation mit der Vereinigung «Pro Libertate») in den Kampf gegen die «Besudelung» der Schweiz und verlor in

dass man glaubte, das Projekt verhindern zu können, das die Essenz des Bergier-Berichts in die Zürcher Schulen vermitteln soll<sup>43</sup>. Die jüngste Aktion besteht in einer von SVP-Nationalrat Luzi Stamm angeführten Expedition in die Londoner Archive, wo man nach Dokumenten suchte, welche die UEK in ihrer angeblich tendenziösen Einseitigkeit nicht habe zur Kenntnis nehmen wollen<sup>44</sup>. Mit triumphalistischer Geste reproduziert man eifrig den Wissensstand im besten Fall von 1970. Dass Dilettanten keine kritische Distanz zum eigenen Tun haben und Politiker wie der SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, Herausgeber der «Schweizerzeit», daraus ein kleines publizistisches Geschäft machen, ist weiter nicht verwunderlich. Dagegen ist es schon erstaunlich, wenn sich ein Jürg Stüssi-Lautenburg, Historiker, Dr. phil. und Leiter der Eidg. Militärbibliothek, als Einleitungssautor in ein derartiges Unternehmen einspannen lässt<sup>45</sup>. Die Pointe dieser Aktion besteht aber darin, dass diese sonderbare Publikation, die gegen den vom Bundesrat in Auftrag gegebenen und von diesem auch abgenommenen Bericht gerichtet ist, mit einem von VBS-Chef Bundesrat Samuel Schmid wohl nicht verfassten, aber unterschriebenen Vorwort garniert ist<sup>46</sup>.

Zur Equipe Stamm gehört auch Stefanie Frey, die in London in «War Studies» doktoriert und ihre Dissertation bereits 2002 im kleinen Lokalverlag, in dem Stüssi seine Schriften herauszugeben pflegt, publiziert hat<sup>47</sup>. Diese Arbeit wurde nicht nur in der NZZ von einem ausgewiesenen Kenner der Materie und VBS-Mitarbeiter sehr kritisch beurteilt<sup>48</sup>, sie ist – Welch Ironie des Schicksals – wohl in

den letzten Jahren jeden politischen Bon sens; er starb am 11. August 2003. Aus seiner Anhängerschaft wird nur kolportiert, es sei vorgesehen gewesen, ihm die Leitung der UEK zu übertragen. Wer das vorgesehen hat, wird aber nicht gesagt, hingegen wird bemerkt, der Bundesrat habe den Vorschlag mit der Begründung abgelehnt, er sei als Zeitzeuge und Offizier nicht neutral und unabhängig (Paul Rothenhäusler, 1. Mai 2004 im Vorwort zu «Kronzeugen unserer Flüchtlingspolitik» [Stäfa 2004]). Stamm, Jg. 1952, vormals FDP-dann SVP-Nationalrat aus dem Aargau, ist ein kleiner Fanatiker ohne Erfahrung der Kriegsjahre. Stamm warf in seinem ersten Pamphlet «Der Kniefall der Schweiz» (1998) Bundesrat Kaspar Villiger vor, mit seiner Entschuldigung von 1995 die Schweiz erpressbar gemacht zu haben. Vom gleichen Autor gibt es die Schrift «Die zehn 'Todsünden' der Bergier-Kommission» (im April 2003 in der Schweizerzeit-Schriftreihe Nr. 43 sowie im Juni 2003 als IG-Schriftenreihe Nr. 4 erschienen).

43 *Tages-Anzeiger* vom 13. Dezember 2003. Kanton Zürich ab März 2005 «Bekennen, verdrängen, nachfragen. Die Schweiz und die Zeit des Nationalsozialismus im Lichte aktueller Fragen» (124 S.). In Basel entsteht unter der Leitung von Heiko Haumann ebenfalls ein Lehrmittel. Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi (SP/ZH) hatte schon am 28. November 2001 mit einer Interpellation nachgefragt, welche Umsetzungsmassnahmen der Bund wie fördern wolle. Antwort, welche vor allem auf den Fonds (vgl. Anm. 29) verweist, vom 13. Februar 2002.

44 Die «Aktenfunde» sind am 27. Mai 2004 unter dem Titel «Dignity and Coolness» (Verlag Merker im Effingerhof, Lenzburg 2004) erschienen.

45 *Schweizerzeit* Nr. 6 vom 12. März 2004. Ulrich Schlüer garnierte die in seinem Blatt vorveröffentlichte Einleitung Stüssis mit dem Kommentar «Beschämend für Bergier».

46 Das Vorwort stimmte das hohe Lied vom kleinen Land im Auge des Hurrikans an, das für Freiheit gekämpft hat, und stützte sich dabei auf Churchills bekanntes Diktum von 1944. Es griff damit zur gleichen Metaphorik wie Urs Schwarz, *The eye of the hurricane*. Boulder (Colo.) 1980.

47 Stefanie Frey. *Switzerland's Defense and Security Policy during the Cold War (1945–1973)*. Verlag Merker im Effingerhof, Lenzburg 2002.

48 Mauro Mantovani, «Schweizer Sicherheitspolitik im Kalten Krieg». In: *NZZ* vom 31. Mai 2003. Mantovani kam kurz auf die «krassen Falschaussagen» zurück und stellte weiter fest:

Unkenntnis des Engagements der Autorin auf der Seite der reaktionäre Geschichtsbildbewahrer auch von der AGG im vergangenen Jahr vehement kritisiert worden, und dies sogar mit Berufung auf den ansonsten doch so verpönten Bergier-Bericht. Die AGG sprach von «groben Fehlern», bezeichnet die Arbeit als «inakzeptabel» und wunderte sich, dass ein Schweizer Verlag solch «unhaltbare Behauptungen» veröffentlicht und dass die Autorin inzwischen (durch wessen Vermittlung?) an der Erforschung der offiziösen Geschichte des Schweizer Generalstabes mitarbeiten kann<sup>49</sup>.

Viele wollen nicht verstehen, dass die UEK ganz spezielle Fragen abzuklären und keine allgemeine Geschichte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg zu schreiben hatte. Eben die Fragen, wie man in der Schweiz mit Vermögenswerten jüdischer Opfer umging, was es mit den Käufen von NS-Gold auf sich hatte, ob Schweizer an der Arisierung und am Handel mit Raubkunst beteiligt waren etc. Bezeichnenderweise wird Stüssis Beitrag mit einem nationalistischen «Allein» überschrieben, derweil man zur Einsicht kommen müsste, dass schweizerische Akteure alles andere als allein waren und zum Nutzen und Schaden von Dritten kooperierten. Die nicht von der UEK, sondern durch das Verhalten schweizerischer Akteure aufgeworfenen, zugegebenermassen unangenehmen Fragen und ebenso unangenehmen Antworten sollen mit alten, hier so irrelevanten wie unbestrittenen Vorkommnissen «widerlegt» werden, die besagen, dass es zum Beispiel den Rütlirapport gegeben habe, dass sich die Schweiz im Angriffsfall «tapfer geschlagen» und die Alpeneisenbahnen zerstört hätte (wozu man mangels Vorbereitung allerdings gar nicht in der Lage gewesen wäre), dass sie Handel nach dem Prinzip des *do ut des* getrieben habe (wie Vorort-Direktor Homberger schon 1970 geschrieben hat), dass der britische Gesandte Kelly 1941 die Schweiz als «kleine, aber tatkräftige und hochgebildete Nation» gewürdigt habe etc.

Es wird immer wieder der Vorwurf erhoben, man habe nur Negatives dargestellt und müsste doch auch das Positive berücksichtigen und so zu einem ausgewogenen Bild gelangen. Bereits im Mai 1995, Eizenstat und Co. waren weit und breit noch nicht zu sehen, gab die NZZ in ihren «Gedanken über das Gedenken zum Kriegsende» die selbstberuhigende Lösung aus «Viele dunkle Punkte – aber es gab auch anderes»<sup>50</sup>. Zu dieser Art von Buchhaltung ist dreierlei zu bemerken: Erstens, dass man Positives und Negatives (was immer man darunter versteht) nicht einfach verrechnen kann, weil es zumeist nichts miteinander zu tun hatte (z.B. die

«Die Versehen und Fehleinschätzungen setzen sich aber im Hauptteil von Freys Studie fort.»

49 Pressemitteilung vom 18. Februar 2003. Die Hauptkritik bezog sich auf die Fehlaussagen, dass die Schweiz deutsche Truppentransite gestattet und den deutschen Flugzeugen den Luftraum geöffnet habe. Die AGG dazu: «Es sei dahingestellt, ob diese Desinformationen der Ignoranz oder der Absicht der Verfasserin zuzuschreiben sind.» Diese Pressemitteilung ist auf eine Zuschrift von Roberto Bernhard (Winterthur) zurückzuführen, der bereits am 13. Februar 2003 in der NZZ die inakzeptablen Behauptungen über Neutralitätsbrüche kritisiert und bemerkt hat: «Es ist bedauerlich, dass nicht nur dem britischen Doktorvater, sondern auch den fachkundigen Schweizer Beratern der Autorin und dem Verlag diese den Ruf unseres Landes unnötig belastenden, keiner verlässlichen Quelle zuschreibbaren Passagen entgangen zu sein scheinen. Aber es gibt zu denken, was wohl noch Weiteres zu gewärtigen sein könnte, wenn man dem Buche entnimmt, dass diese Autorin an der offiziösen Erforschung der Geschichte des schweizerischen Generalstabs von 1945 bis 1966 mitwirkt.»

50 A.C. in NZZ vom 13./14. Mai 1995.

Käufe von Raubgold auf der einen und die 1000 Dienstage von Wehrmännern auf der anderen Seite); zweitens, dass der offizielle Auftrag von 1996 von der Kommission ausdrücklich eine kritische Klärung problematischer Verhaltensweisen erwartete. Und drittens, dass sich Forschung stets mit Problemen, Defiziten und Dysfunktionen beschäftigt. Für uns ist es selbstverständlich, dass sich z.B. die Medizinwissenschaft nicht primär mit dem beschäftigt, was, weil gesund, prima funktioniert. Im Falle der Geschichtswissenschaft und der Sozialwissenschaften im allgemeinen besteht aber die Neigung, ihr Einseitigkeit vorzuwerfen, wenn sie sich mit Dysfunktionen beschäftigt, und sie obendrein für das, was sie diagnostiziert, verantwortlich zu halten. Es war aber nicht die sog. Bergier-Kommission und es waren nicht nur die Kläger aus den USA, welche die Situation von 1996 geschaffen hatten.

«Bergier – was bleibt?» Man könnte sich auch fragen, was entstand, das allenfalls bleiben könnte. Wenn die Geschichtsschreibung von der ganzen Aktion profitierte, heisst das nicht, dass dies automatisch der Gesellschaft zugute kommen wird. Wenn dem so wäre, dann hätte die Gesellschaft von den bereits in den 1980er und 1990er Jahren entstandenen historischen Studien profitieren können und wäre dann 1996 etwas weniger schockiert gewesen. Die Geschichtswissenschaft hatte und nutzte, wie dargelegt, ihr Rendez-vous mit der Weltgeschichte<sup>51</sup>. Die Mehrheit der schweizerischen Gesellschaft dürfte es dagegen verpasst haben.

Wären die im Dezember 2002 angefallenen Reaktionen auf den Buchumschlag des Memoirenbandes «Imperfect Justice» des amerikanischen Unterstaatssekretärs Stuart Eizenstat ein Indikator dafür, was die historische Aufarbeitung gebracht hat, dann sähe das Ergebnis erbärmlich aus. Empörte Reaktionen über einen derartigen Umschlag mit einem Hakenkreuz aus Goldbarren und einem unterlegten Schweizerkreuz wären 1996 verständlich gewesen. Nach gehabter Bergier-Berichterstattung hätte man dagegen eher mit Bedauern und Scham über die Sache selber, das heisst die historische Tatsache der im Zweiten Weltkrieg durch die Schweizerische Nationalbank getätigten Käufe von NS-Gold, reagieren sollen. Die Entrüstung war aber 2002 viel grösser als irgendwelche Reaktionen über irgendwelche frühere Hakenkreuz-Schweizerkreuz-Kombinationen der Jahre 1997/98<sup>52</sup>.

Besonders erzürnte Bürger wollten den Buchautor oder den Buchverleger vor den Kadi ziehen und dem Schweizerkreuz gar über einen neuen Verfassungsartikel den gewünschten Respekt verschaffen<sup>53</sup>. Diese Reaktionen sind sowohl Ausdruck als auch zusätzlicher Betriebsstoff eines dümmlichen Neopatriotismus, wie er im Dezember 2003 im Aufstellen von Schweizerfahnen und dem verordneten Absingen der Landeshymne im Nationalrat gewuchert hat<sup>54</sup>. Nimmt man diese

51 Picard ist ebenfalls der Meinung, die schweizerische Geschichtsforschung sei über die Verarbeitung dieser Fragen «in einen internationalen Wissenschaftskontext» zurückgekehrt (2004, S. 403).

52 Aufregung in den Medien ab 14./15. Dezember 2002 mit Erstbeiträgen von *Blick* und *NZZ*. Gegensätzliche Stellungnahmen von J. F. Bergier und G. Kreis im *Tages-Anzeiger* vom 16. Dezember 2002.

53 *NZZ* vom 27. März 1998 und vom 21. November 2003; seither herrscht Funkstille.

54 Offenbar liegt derartiger Unsinn im Kompetenzbereich eines Nationalratspräsidenten. Dieses Amt hat z.Z. Max Binder (SVP) inne, doch geht auch das einmal vorbei. Vgl. Jean-Martin Büttner, «Das Bundeshaus als Albiguetli». In: *Tages-Anzeiger* vom 2. Dezember

Phänomene als Ausdruck des dominierenden Zeitgeists, erscheint es mehr und mehr als ein Wunder, dass im Juni 2001 das Prinzip militärischer Auslandeinsätze mit rund 51 Prozent und im März 2002 der UNO-Beitritt mit der doppelten Mehrheit gutgeheissen wurden<sup>55</sup>.

Nachdem die einzelnen Nationalabklärungen abgeschlossen waren, erging die Parole, dass in einer nächsten Phase die Einordnung jetzt in den internationalen Kontext geleistet werden müsste. UEK-Präsident J. F. Bergier erklärte an verschiedenen Tagungen und in der NZZ, die transnationale Zusammenarbeit «dränge» sich auf<sup>56</sup>. Bisher zeigte sich aber keine Regung, die auf eine Verwirklichung dieses richtigen Postulates schliessen liesse<sup>57</sup>.

Die rechtsnationalen Patrioten beharrten wenn immer möglich auf der Vorstellung, dass die Schweiz einen Sonderfall bilde. Einzig in der Flüchtlingsdebatte drehten sie plötzlich und machten in internationaler Komparatistik, wollten nicht mehr, dass die Asylpraxis mit den überhöhten eigenen Idealen verglichen würde (deren Propagierung oft als bereits geleistete Realisierung genommen wird), sondern forderten den Dutzendvergleich mit anderen Nationalegoismen. Sie wollten damit die geringe Aufnahmefähigkeit der USA anprangern (besonders populär waren die Hinweise auf Irrfahrt der «St. Louis»), sie liessen aber Vergleiche mit Spanien und Schweden wiederum nicht gelten, weil deren Lage doch eine ganz andere gewesen sei, womit man die von der UEK angeführten Vorbehalte gegenüber der Vergleichbarkeit indirekt bestätigte – aber auch wieder beim Sonderfall war<sup>58</sup>.

Ganz im Gegensatz zur UEK-Ausstellung gelangte zu Beginn des Jahres 2004 ziemlich problemlos und im voraus für zwei Jahre (bis Ende 2005) ausgebucht eine interessante Ergänzungsschau an die Öffentlichkeit: Eine Reihe von Kurzfilmen aus einer Befragung von 555 Zeitzeugen vermittelt eine bunte Vielfalt von Erinnerungen an die Aktivdienstjahre und zeigt, dass es *die Aktivdienstgeneration* so wenig gibt wie *die Schweiz*<sup>59</sup>. Immerhin verleiht die Schau einem Alterssegment,

2003; Helmut Stadler, «Kostümierte Ideologien». In: *Tages-Anzeiger* vom 3. Dezember 2003.

55 Am 3. März 2002 sagte die Mehrheit von Volk und Ständen Ja zum UNO-Beitritt; die Mehrheit von 54,6 Prozent wurde als «beachtlich» eingestuft, das Stände-Verhältnis von 12:11 war erwartungsgemäss knapp und hätte auch umgekehrt lauten können.

56 NZZ vom 1. Juni 2002, vgl. Anm. 21.

57 Helen B. Junz liefert in ihrem «forthcoming»-Aufsatz immerhin eine erste Skizze. Vgl. «The Treatment of the Holocaust era assets. A comparative View» (2004). Das internationale Forschungsprogramm «Europe under occupation» der European Science Foundation (EFS), in dessen Leitungsgremium der Schreibende als Vertreter des Schweiz. Nationalfonds mitwirkt, ist auch nicht in der Lage, ein wirklich integriertes Projekt zu realisieren. Positive Ausnahme die von Gustavo Corni geleitete Arbeitsgruppe mit Vergleichsstudien zur Zwangsarbeit, vgl. *Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento* XXVIII 2002.

58 Der Synthesebericht enthält dann die für den Flüchtlingsbereich geforderten internationalen Vergleiche, vgl. S. 167ff.

59 Erste Berichterstattung zur ersten Station im Musée Historique von Lausanne z.B. in der NZZ vom 17. März 2004. Die Ausstellung erlebt eine hohe Beachtung. Die *Basler Zeitung* bot, als die Ausstellung in Basel Station machte, ihren Lesern und Leserinnen Eintrittskarten zu reduziertem Preis an. – Initiant des Projekts «Archimob» ist der Filmemacher Frédéric Gonseth, der mit seinem Film «Esclaves d'Hitler. Déportés ukrainiens dans les filiales d'usines suisses en Allemagne» (1997) eine Pionierleistung vollbracht hat. Eine Buchauswertung von «Archimob» findet sich in: Christof Dejung, Thomas Gull, Tanja Wirz, *Landgeist und Judenstempel. Erinnerungen einer Generation 1930–1945*. Mit Fotoporträts von

das sich von den Arbeiten der UEK übergangen und zum Teil auch desavouiert fühlt, einiges an Satisfaktion. Sie lebt von der Stärke des unmittelbaren Eindrucks, zeigt aber nichts, was man nicht längst wusste und seit 1996 in unzähligen Leserbriefen ausgebreitet wurde. Sie leistet zudem keine Einordnung, keine Klärung, und sie fördert eher verunklärend die Meinung, dass man die Geschichte aus ihrer Zeit heraus verstehen müsse. Fälschlicherweise ist sie in der Presse als eine Ausstellung präsentiert worden, die insofern eine Ergänzung der UEK-Arbeit sei, als sie das Leben in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs aus einer anderen Perspektive, «nämlich von unten» zeige<sup>60</sup>. Es war nicht die Aufgabe der UEK, das «Leben in der Schweiz» zu zeigen, und es ist gerade eine der Stärken des UEK-Zugangs, dass man Vorgänge aus der «Perspektive von unten», nämlich der Konteninhaber, Versicherten, Internierten oder Abgeschobenen, erfasste.

Der Unterschied zwischen dieser Dokumentation und der UEK-Arbeit ist ein in doppelter Hinsicht anderer: Die individuelle Rückschau strebt nicht die Einbettung der schweizerischen Gesellschaft und ihres Staates in den grösseren Verantwortungszusammenhang an, sondern betreibt historische Nabelschau und nährt so eine gewisse Parallelität im Verständnis der kollektiven Opferrolle des Kleinstaates Schweiz und der individuellen Opfersituation des ohnmächtig den Wirren der Zeit ausgesetzten Einzelschicksals. Jakob Tanner hat so etwas, allerdings von Österreich abgeleitet und auf die ganze Schweiz angewendet, als «bewährte Strategie der Selbstviktimsierung» bezeichnet<sup>61</sup>. Der vielleicht ironisch gemeinte, aber fatalen Missverständnissen Vorschub leistende und die narzistische Geschichtsbetrachtung jedenfalls treffend wiedergebende Titel dieser Ausstellung lautet: «L'Histoire c'est moi»<sup>62</sup>. Soll das nun das Ergebnis des gemeinsamen Aufbruchs von 1996 sein?

Die von der UEK behandelten Themen dagegen können nicht in der Beliebigkeit der privaten Erlebniswelt abgebucht werden, weil es um die Frage geht, was die Schweiz in schwieriger Zeit wenn nicht getan, so wenigstens ermöglicht hat, in den Jahren 1939–1945 wie in den Auseinandersetzungen seit 1995 und in den dazwischen liegenden Jahren. Dazu gibt es Antworten nicht in beliebiger Zahl, sondern nur in ein paar Varianten. Eine hat zum Beispiel Thomas Maissen mit seiner Zürcher Antrittsvorlesung gegeben, in der er der schweizerischen Regierung verantwortungsloses Desinteresse gegenüber dem schliesslich wieder auf das ganze Land zurückfallenden Verhalten schweizerischer Banken vorwirft – ein drückbergerisches Herabstufen von Staatspolitischem zu Privatrechtlichem<sup>63</sup>. Um die Gültigkeit solcher Fragen und Antworten muss gemeinsam gestritten werden.

Es war aber überhaupt nicht zu erwarten, dass die in der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit entstandene Einsicht in die Auslandverbundenheit der kleinen Schweiz und die entwickelte Sensibilität für kollektive Verantwortung gleich von allen geteilt würden. In solchen Dingen gibt es kein einfaches Durchmarschieren. Da gibt es nationalistische Reaktionen und Rückschläge, die

Hans Peter Jost und weiteren, historischen Illustrationen. Zürich Limmat Verlag 2002. Befreiung von GK: «Erinnerungen aus dem Innern der Aktivdienstjahre». In: *Tages-Anzeiger* vom 29. November 2002.

60 *Tages-Anzeiger* vom 10. Februar 2004.

61 Tanner, 2003, Zit. S. 272.

62 Wenn schon müsste «Histoire» klein geschrieben und «moi» durch «nous» ersetzt werden.

63 Thomas Maissen, «Führerlosigkeit als Normalzustand. Die Schweizer Weltkriegsdebatte und die Krise um die nachrichtenlosen Vermögen in einer langfristigen Perspektive». An-

einem sogar den Eindruck vermitteln, dass die Haltungen «nachher» sogar schlimmer seien als «vorher». Entscheidend ist aber, was sozusagen in der dritten Phase stattfindet. Und da kann man doch zuversichtlich sein. Jedenfalls gibt es kein Zurück hinter 1996.

trittsvorlesung vom 23. Juni 2003. In: *Itinera*, Bd. 24, Basel 2004. S. 57–69. Eine Einschätzung der Reaktionen auf die UEK-Arbeit ein Jahr danach: «Popularisierung, Gleichgültigkeit. Wie die Bergier-Berichte aufgenommen wurden». In: *NZZ* vom 24. Februar 2003. Vom gleichen Autor erscheint dazu: *Verweigerte Erinnerung. Nachrichtenlose Vermögen und die Schweizer Weltkriegsdebatte 1989–2003*. Zürich 2004. Ein wichtiger Aspekt der Verantwortungsproblematik ist, dass sich Regierung wie Banken bei ihrem letztlich autonomen Verhalten stark auf die innenpolitische Abhängigkeit von der Haltung der Stimm-bürger/innen berufen.